

Nähere Informationen zum Bundesprogramm erhalten Sie unter

www.demokratie-leben.de

sowie auf der Internetseite der Gemeinde Löhnberg unter

www.gemeinde-loehenberg.de

Nähere Informationen zur praktischen Umsetzung des Bundesprogramms vor Ort und zur Antragsstellung erhalten Sie über die

Koordinierungsstelle

Gemeinde Löhnberg
Gudrun Weis
c/o Mehrgenerationenhaus
Am Berg 3a
35792 Löhnberg
Telefon: 06471 6290164
demokratieleben@mgf-loehenberg.de

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.



Gemeinde Löhnberg



Marktflecken Merenberg



Stadt Weilburg

Demokratie **Leben!**

Demokratie **Leben!**

Partnerschaft für Demokratie

Löhnberg – Merenberg – Weilburg



www.europewatchdog.info

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **Leben!**

Demokratie **leben!**

Zum Hintergrund

Die Gemeinde Löhnberg, der Marktflecken Merenberg und die Stadt Weilburg nehmen im Förderzeitraum 2020 – 2024 erneut in Kooperation am Bundesprogramm „Demokratie leben!“ teil.

Die drei Kommunen begründen eine sogenannte „Partnerschaft für Demokratie“ (PfD), die bis 2024 jährlich mit bis zu 125.000,00 € an Fördermitteln unterstützt wird.

Über das Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ werden in ganz Deutschland kommunale Gebietskörperschaften (Städte, Landkreise und kommunale Zusammenschlüsse) unterstützt, „Partnerschaften für Demokratie“ als strukturell angelegte lokale bzw. regionale Bündnisse aufzubauen.

In diesen „Partnerschaften für Demokratie“ kommen die Verantwortlichen aus der kommunalen Politik und Verwaltung sowie Aktive aus der Zivilgesellschaft – aus Schulen, Vereinen und Verbänden über Kirchen bis hin zu bürgerlich Engagierten – zusammen. Anhand der lokalen Gegebenheiten und Problemlagen entwickeln sie gemeinsam eine auf die konkrete Situation vor Ort abgestimmte Strategie.

Wie arbeitet eine lokale „Partnerschaft für Demokratie“?

Den geförderten Kommunen stellt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jährlich – mit einer Perspektive von fünf Jahren beginnend ab 2020 – Gelder für einen Aktions- und Initiativfond zur Verfügung, aus dem konkrete Einzelmaßnahmen finanziert werden können.

Hierbei kann es sich beispielsweise um ein Demokratiefest, eine Plakataktion oder aber auch um Lehr- und Informationsmaterialien handeln.

Über die zu verwirklichenden Einzelmaßnahmen entscheidet ein Begleitausschuss (BgA), der neben Vertreterinnen und Vertretern aus möglichst allen relevanten Ressorts der kommunalen Verwaltung und anderer staatlicher Institutionen mehrheitlich mit lokalen bzw. regionalen Handlungsträgern aus der Zivilgesellschaft besetzt ist. Der Begleitausschuss fungiert als strategisch handelndes, zentrales Gremium bei der Umsetzung der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“.

Ziele der Partnerschaft für Demokratie

Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit sind dauerhafte Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft. Extremismus, Rassismus, Antisemitismus sowie die Herausforderungen durch Islam- bzw. Muslimfeindlichkeit, Diskriminierung und andere Bereiche zeigen die Vielzahl demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene. Um ihnen kraftvoll entgegenzutreten, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Zivilgesellschaft.

Zahlreiche Initiativen, Vereine und engagierte Bürgerinnen und Bürgern in ganz Deutschland setzen sich tagtäglich für ein vielfältiges, gewaltfreies und demokratisches Miteinander ein. Bei dieser wichtigen Arbeit unterstützt sie das Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Es werden besonders Projekte gefördert, die sich in der Demokratieförderung und der Extremismusprävention engagieren.

Eine soziale Integration und eine Stärkung der demokratischen Bürgergesellschaft stehen also im Vordergrund.